Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 2

Artikel: Die Zürcher Wahlschlacht
Autor: Nobs, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331783

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

13. JAHRGANG -- OKTOBER 1933 -- HEFT 2

Die Zürcher Wahlschlacht

Von Ernst Nobs.

Der Augenblick zu einer Gesamtwürdigung der Zürcher Wahlschlacht vom 24. September ist jetzt, zwei Tage nach dem Abschluß des Kampfes, noch nicht gekommen. Es kann sich also hier nur darum handeln, einige Eindrücke aus der großen Auseinandersetzung zu schildern und einige Gedanken auszusprechen, die das Wahlergebnis nahelegt.

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich hat man den Großkampf mit aller Zuversicht geführt, hat auch auf einen Erfolg gehofft, wenn auch freilich niemand einen so starken Sieg erwarten durfte. Den Gegner und die Wucht seiner Aggression unterschätzte man nicht, sondern stellte sich darauf ein und erlebte bei dieser Einstellung keine Ueberraschungen.

*

Das bürgerliche Wählerpublikum ist sehr stark beeindruckt worden durch die Breite der antisozialistischen Angriffsfront. Plakate und Proklamationen, Inserate und Flugblätter trugen die Unterschrift von nicht weniger als zehn gegnerischen Parteien und Bünden, als da sind die Freisinnige Partei, die Christlichsoziale Partei, die Evangelische Partei, die Bauern- und Bürgerpartei, die Nationale Front, die Eidgenössische Front, der Bund für Volk und Heimat, die Jungradikale Bewegung, die Neue Schweiz und die Union civique romande. Nur halbwegs stand außerhalb der Koalition die Demokratische Partei. Auch existiert in Zürich noch eine Kommunistische Partei, die nichts unterlassen hat, was der Reaktion nützen konnte. So hat sie noch kurz vor den Wahlen einen Monteurestreik, den sie leider mehr beherrschte als der Metallarbeiterverband, mit Kampfmitteln geführt, die im höchsten Maße schädlich wirkten und der gegnerischen Propaganda zustatten kamen. Bei der Wahl der städtischen Exekutive leisteten die Kommunisten schließlich den Bürgerlichen Handlangerdienste durch die Aufstellung einer kommunistischen Neunerliste. Auch die Offiziers- und Unteroffiziersgesellschaften haben sehr früh schon durch eine Versammlung und später durch gemeinsame Aufrufe an alle ihre Mitglieder in den

Wahlkampf aktiv eingegriffen. Die Parole: Eine Niederlage den Feinden unseres Volksheeres!

An den Plakatwänden nahm sich die Vielzahl der Unterschriften unter den Proklamationen der bürgerlichen Koalition überaus imposant aus. Der Großteil des Bürgertums war überzeugt, daß ein derartiges allbürgerliches Massenaufgebot den »Marxismus« erdrücken werde. Die Verbände und Bünde nahmen sich selber sehr wichtig. Kaum ein halbes Dutzend bürgerliche Politiker hat den ganzen Schwindel durchschaut und erkannt, daß es sich da nicht um tatsächliche Volkskräfte, sondern um täuschende Theaterkulissen und Hintergründe handelte, die zürnende Volksmassen vortäuschen sollten. Diesen Politikern aber war die Führung ihrer Parteien bereits entglitten.

Zu den neuen Gruppen zählten außer der »Neuen Schweiz« die Union civique romande, die Jungradikale Bewegung und insbesondere der Bund Vornehmer Herren (Bund für Volk und Heimat), welch letzterer in Zürich die Initiative zu den bürgerlich-interparteilichen Besprechungen ergriffen und den bürgerlichen Parteien die Führung aufgedrängt, ihnen auch die politische Taktik vorgeschrieben hat. Dabei handelt es sich beim Bund vornehmer Herren nicht um eine Gruppe, deren Mitgliedschaft und Leitung der Oeffentlichkeit auch nur einigermaßen bekannt wären. Im Dunkel seiner Anonymität tummeln sich Exponenten großkapitalistischer Mächte, die sich nicht mit Name und Art dazu bekennen dürfen, was sie unternehmen. War schon im letzten Sommer der unter Zuhilfenahme eines bundesrätlichen Redners nach Vindonissa zusammengetrommelte »Schweizerische Volkstag« ein glattes Fiasko des Bundes Vornehmer Herren, so hat ihr politisierender Dilettantismus am 24. September in Zürich die bürgerlichen Parteien in eine schwere Niederlage hineingeführt und der zürcherischen und schweizerischen Arbeiterbewegung zu einem überaus ermutigenden Triumph verholfen. Die Kräfte und Mächte, welche die neuen reaktionären Bünde großsprecherisch zu repräsentieren behaupteten und die sie gegen den »Marxismus« entfesseln wollten, entpuppten sich als Bluff. Die Zürcher Wahlen haben im Maßstab einer Gemeinde von fast einer Drittelmillion Einwohner überzeugend dargetan, daß die ganze Kanonade der vornehmen Herren Theaterdonner war. Ihr gewaltiger Lärm hat dem Bürgertum wohl riesig imponiert, aber er hat auch die Massen der Arbeiter und Angestellten aufgeschreckt und in einem Umfang mobilisiert, wie keine sozialdemokratische Propaganda es je zu tun vermocht hätte.

Die Frage ist, ob nach dieser eklatanten Niederlage die politische Führung der bürgerlichen Parteien weiter in den Händen der Abenteurer vom Bund Vornehmer Herren verbleiben wird, oder ob die bürgerlichen Parteien wieder soviel Selbstachtung gewinnen, um die Vormundschaft der politischen Ignoranten und Dilettanten abzulehnen. Wenn die Zürcher Wahlen hier abklärend zu wirken vermöchten, so erwiesen sie dem ganzen Lande einen Dienst.

*

Ein zweiter Punkt: die Fronten.

Sehr breitspurige Leute, diese Herren von der jeunesse dorée, die sich selber und ihre Rolle in der Politik ungeheuer wichtig nehmen. Abstämmlinge des reichen Bürgertums stehen da in der ersten Führergarnitur. Daneben ein Intellektuellenproletariat, deklassierter alter und neuer Mittelstand, Illusionisten der europäischen Gleichschaltung, die sich automatisch durchsetzen werde.

Die Fronten traten mit dem Anspruch in die Arena, das feiste Kapitalistentum vom Alb der sozialistischen Massenbewegung zu befreien. Sie fanden dafür bei einem an seiner eigenen politischen Zukunft verzweifelnden Bürgertum viel Glauben und Kredit. Als *nach* dem Hitlersieg in Deutschland die Tamtamversammlungen der Fronten und Bünde in der Schweiz begannen, feierte die bürgerliche Presse diese zumeist sehr theatralisch aufgezogenen Veranstaltungen als die sehnsüchtig erwartete große nationale Erhebung der schweizerischen Volksseele. Auf so einfältige und selbstschädigende Weise hat das politische Bürgertum den Frontisten den Kopf groß gemacht und bei einem Teil der bürgerlichen Zeitungsleser geradezu phantastische Erwartungen über die politische Bedeutung der frontistischen Erneuerer hervorgerufen. Diese Kurzsichtigkeit der bürgerlichen Politik und Publizistik erwies den Fröntlern unschätzbare Propagandadienste.

Im »Volksrecht« haben wir im letzten Frühjahr schon und anfangs Sommer — als der Rummel der Fronten und Bünde im Zenit stand — den bürgerlichen Parteien prophezeit, daß sie mit ihren Illusionen einer schweren Enttäuschung entgegengingen. Das wurde nicht geglaubt. Im Hinblick auf die Zürcher Herbstwahlen schrieben wir, daß die Fronten der Sozialdemokratie nicht eine einzige Arbeiterstimme wegnehmen würden, wohl aber müßten die bürgerlichen Parteien die Zeche der Frontisten zahlen. Diese Voraussage, die auf Grund der ausländischen Erfahrungen mit großer Bestimmtheit hatte gemacht werden können, ist durch das Zürcher Wahlergebnis in allen Teilen bestätigt worden. Die zehn Mandatgewinne der Fronten gehen ausschließlich auf Kosten der Freisinnigen und Demokraten. Das erhoffte nationale Gloria-Viktoria ist zu einer eklatanten Niederlage geworden. Die Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist in dem ihr aufgezwungenen Riesenkampf noch gewachsen. Selbst nach dem Urteil der bürgerlichen Presse ist der Sieg der Zürcher Sozialdemokratie ein unzweideutiger.

*

Die Zürcher freisinnig-demokratische Parteigruppe muß den Fronten zehn Mandate abtreten. Eine harte Nuß! Sie hätte es anders haben können. Aber die politische und publizistische Führung der bürgerlichen Parteien hat im entscheidenden Zeitpunkt (Frühjahr und Sommer 1933) nicht die Einsicht und Entschlossenheit aufgebracht, gegenüber dem helvetisch-verkappten Faschismus mit aller Klarheit Stellung zu beziehen, die demokratische und liberale Tradition mit dem Nachdruck einer starken Ueberzeugung durchzukämpfen und vom Frontismus sehr entschieden abzurücken. Die Durchführung dieser Politik und die Ablehnung der Listenverbindung mit den Fronten hätte bewirkt, daß

die Fronten kaum ein Drittel der Mandate erhalten hätten, mit denen sie jetzt in den Gemeinderat einziehen. Durch die Listenverbindung und durch das gemeinsame Vorgehen bei den Exekutivewahlen sind die Fronten erst als anerkannte bürgerliche Gruppe legitimiert worden. Die bürgerlichen Parteien taten den Fronten auch ihre bürgerlichen Versammlungen auf und gaben ihnen damit eine Propagandachance, die weidlich ausgenützt worden ist. Die Entzauberung des Frontenzaubers aber offenbart dem Bürgertum, daß ein neues Mal seine illusionären Erwartungen enttäuscht worden sind und daß die bürgerlichen Parteien — wenn sie mit aller Absicht auf eine Selbstverletzung es abgesehen gehabt hätten — gar nicht folgerichtiger hätten handeln können, als es geschehen ist! Wenn heute aber die bürgerliche Presse die Aenderung ihrer Taktik in Aussicht stellt, so sind wir überzeugt, daß auch dazu unsern bürgerlichen Parteien die Kraft und Entschlossenheit fehlt. Die innere Zersetzung des Freisinns ist schon zu weit vorgeschritten, und man kann nicht das Panier der Demokratie (im Kampf wider den Faschismus) erheben und gleichzeitig dieses Panier (im Kampf um das Finanzprogramm) verleugnen! Das Bürgertum wird immer eindeutiger absolutistisch und sozialreaktionär. Die Schweiz geht einer Kampfära entgegen, in welcher die Sozialdemokratie die große Vorzugsstellung innehaben wird, unter allen größeren Parteien die einzige Verfechterin der Demokratie und der wirtschaftlichen Volksbegehren zu sein.

*

Außer den hiervor aufgezeigten Mängeln der politischen Führung hat mich noch ein besonderer Umstand in der Auffassung bestärkt, daß die Dekadenz in den bürgerlichen Parteien unverkennbar fortschreite: Die ganze bürgerliche Wahlpropaganda, soweit es sich um andere Drucksachen als Zeitungen handelte, lag nicht in den Händen bürgerlicher Publizisten oder Politiker, sondern in der Verfügung von damit beauftragten Mietlingen und Reklameagenten, die sich nicht über die mindesten politischen oder kommunalwissenschaftlichen Kenntnisse auszuweisen vermochten und den Wahlkampf für nichts Besseres als einen großen Lügenwettbewerb hielten. Die »NZZ.« selber hat in einem frühern Wahlkampf (August 1931) unumwunden zugegeben, daß das freisinnige Wahlkomitee sich eine Kampfesweise habe zuschulden kommen lassen, die einem die Schamröte ins Gesicht getrieben habe! Es lag kein Ton von Ueberheblichkeit darin, wenn das »Volksrecht« jetzt im Höhepunkt des Wahlkampfes sich an die bürgerlichen Parteien (und insbesondere an die Freisinnigen) wandte mit dem Ruf: Schickt uns bessere Männer in die Arena und keine solchen Burschen! Diese besseren Männer und Publizisten sind im bürgerlichen Lager unstreitig vorhanden, aber die Dekadenz liegt darin, daß die bürgerlichen Leute von politischer und kommunalpolitischer Qualität in einem solchen Kampf nichts zu sagen haben und schweigen und zusehen müssen (?!), wie die Söldlinge und bestenfalls die Freischärler mit den unfairsten Waffen die Sache des Bürgertums führen. Muß das so sein? Wollen die bürgerlichen Behördevertreter in Stadtrat und Gemeinde-

rat es auf sich nehmen, daß ihre Wahl durch Propagandamethoden bewerkstelligt wird, die sie persönlich nicht mitmachen könnten?

Die Arbeiterschaft hat in dem eben abgeschlossenen Riesenkampf nicht nur und unstreitig die materiellen und geistigen Interessen des Schweizervolkes mit starker Zuversicht und erfolgreich verfochten, sondern sie führte diesen Kampf auch in einer viel anständigeren und saubereren Weise als ihr Gegner. Mit der Wahrheit zur Seite ist gut fechten! Das Bürgertum aber hat seinen Wahlkampf nicht zuletzt deshalb verspielt, weil es sich von den rechtsradikalen Elementen in Fronten und Bünden eine Kampfweise der bewußten Verlogenheit, der bewußten Tatsachenentstellung, der Maßlosigkeit der Demagogie und der Schamlosigkeit der Hetze hat aufdrängen lassen. Nie ist von bürgerlicher Seite ein Wahlkampf ordinärer geführt worden als diesmal. Der Wettbewerb in reaktionärem Radikalismus hat seine schlimmsten Orgien gefeiert. Mag er im Ausland triumphieren. Dem Schweizer, der hundert Jahre politisch-demokratische Erfahrung hinter sich hat, imponiert man damit keineswegs. Es war eine Lust, die dicken, plumpen Lügen der reaktionären Wahlhetze Stück um Stück abzustechen, und die Sympathien breiter Wählerschichten wandten sich denn auch immer mehr derjenigen Partei zu, die den grotesken Lügenaufzug in überlegener Weise bekämpfte und ihn in alle Winde zerstieben ließ.

Wenn das Bürgertum nach den Zürcher Erfahrungen sich wieder auf eine andere Kampfweise besänne, so wäre das nicht der geringste Erfolg des 24. September. Die Arbeiterschaft ihrerseits kann kein Interesse daran haben, die Wahlkämpfe derart entarten zu lassen, daß sie nicht mehr geführt werden können. Auch hier ist die Erhaltung der Volksrechte gleichbedeutend mit der Erhaltung eines wichtigsten Kampfmittels um das materielle Volkswohl.

Demokratie und Diktatur

Eine kritische Besinnung

Von Otto Lang.

II.

9. Die Kritik an der Demokratie.

Die abschätzigen Urteile über die Demokratie gehen deshalb fehl, weil ihre Kritiker den Wert der Demokratie an einem falschen Orte suchen und von ihr etwas erwarten, was sie selbstverständlich nicht leisten kann und was zu leisten auch nicht ihre Bestimmung ist. Wie lauten diese Urteile? Die Demokratie habe den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht beseitigt; sie habe die Lage des Arbeiters nicht zu sichern vermocht, es fehle ihr überhaupt »an schöpferischer Kraft«. Schon ein kurzes Nachdenken sollte zu der Erkenntnis führen, daß man sich von der bloßen Existenz einer Verfassung oder bestimmter verfassungsrechtlicher Zustände, wie immer